

Consortium News

Independent Investigative Journalism and Political Review - Since 1995

consortiumnews.com

CN LIVE

Robert Parry 1949-2018

Band 28, Nummer 311 – Montag, 13. November 2023

Craig Murray: Das Recht auf Selbstverteidigung

11. November 2023

Indem sie nicht gegen die kollektive Bestrafung der Palästinenser durch Israel vorgehen, verstoßen das Vereinigte Königreich, die USA und die Europäische Union gegen eine völkerrechtliche Verpflichtung, die in einem Urteil des Internationalen Gerichtshofs aus dem Jahr 2004 festgelegt wurde.



Internationaler Gerichtshof in Den Haag. (R Boed, Flickr, CC BY 2.0)

Von **Craig Murray**
CraigMurray.org.uk

Israel hat zwar das Recht auf Selbstverteidigung, aber nur in genau der gleichen Weise wie andere Länder. Tatsächlich besteht das einzig Einzigartige an Israel hier darin, dass es das einzige Land ist, bei dem der Internationale Gerichtshof festgestellt hat, dass es im Umgang mit den Palästinensern ausdrücklich das Konzept des Rechts auf Selbstverteidigung missbraucht und überschritten hat.

Im Jahr 2004 entschied der Internationale Gerichtshof in einem Gutachten an die UN-Generalversammlung, dass Israel den Bau der Großen Mauer, die ein wesentlicher Bestandteil des israelischen Apartheidsystems ist, illegal errichtet habe. Das Gericht prüfte Israels Argument der Selbstverteidigung und entschied, dass dies die zahlreichen Verstöße gegen das Völkerrecht, die die Mauer darstellt, nicht rechtfertige:

„Während Israel das Recht und sogar die Pflicht hat, auf die zahlreichen und tödlichen Gewalttaten gegen seine Zivilbevölkerung zu reagieren, um das Leben seiner Bürger zu schützen, müssen die ergriffenen Maßnahmen zwangsläufig im Einklang mit geltendem Völkerrecht bleiben. Israel kann sich nicht auf ein Recht auf Selbstverteidigung oder auf einen Notstand berufen, um die Unrechtmäßigkeit des Mauerbaus auszuschließen. Das Gericht stellt daher fest, dass der Bau der Mauer und das damit verbundene Regime gegen das Völkerrecht verstoßen.“

Daraus ergibt sich, dass Israel in der gegenwärtigen Situation in Palästina die „Selbstverteidigung“ nicht als Trumpf nutzen kann, um das Völkerrecht zu verletzen. Die Anwendung kollektiver Strafen gegen die Zivilbevölkerung – unter anderem durch Hunger, Durst und den Entzug von Medikamenten, die Flächenbombardierung, den Einsatz von weißem Phosphor, die Angriffe auf medizinische Einrichtungen, die Angriffe auf medizinisches Personal, die Hinrichtung von Gefangenen, der eindeutige Völkermordversuch – keines dieser Kriegsverbrechen kann als „Selbstverteidigung“ entschuldigt werden.



INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE

Peace Palace, Carnegieplein 2, 2517 KJ The Hague, Netherlands
Tel.: +31 (0)70 302 2323 Fax: +31 (0)70 364 9928
Website: www.icj-cij.org

Summary
Not an official document

Summary 2004/2
9 July 2004

**Legal Consequences of the Construction of a Wall
in the Occupied Palestinian Territory
(Request for advisory opinion)**

Summary of the Advisory Opinion of 9 July 2004

Die militärische Zusammenarbeit der Regierungen der USA, Großbritanniens und Australiens – bei einem Angriff, von dem sie wissen, dass er mit der Begehung ungeheuerlicher Kriegsverbrechen verbunden ist – führt auch dazu, dass die Verantwortlichen wegen ihrer aktiven Mittäterschaft und sogar Verschwörung wegen Kriegsverbrechen angeklagt werden.

Darüber hinaus besteht in der Tat eine positive rechtliche Verpflichtung der Staaten, gegen Israel vorzugehen, da Israel sich weigert, die Mauer und das Apartheidsystem in den besetzten Gebieten niederzureißen – einschließlich der weit verbreiteten kriminellen Siedlungen und Landraubzüge, die dieses System verkörpert. Dies ist das Urteil des Internationalen Gerichtshofs zu den Verpflichtungen anderer Staaten:

„Angesichts der Art und der Bedeutung der damit verbundenen Rechte und Pflichten ist der Gerichtshof der Ansicht, dass alle Staaten verpflichtet sind, die illegale Situation, die sich aus dem Bau der Mauer im besetzten palästinensischen Gebiet ergibt, auch in und um Ost-Jerusalem, nicht anzuerkennen.“ Sie sind auch verpflichtet, keine Beihilfen oder Hilfen zur Erhaltung der durch die Baumaßnahme geschaffenen Verhältnisse zu leisten.

Es obliegt außerdem allen Staaten, unter Achtung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts dafür zu sorgen, dass etwaige durch den Bau der Mauer verursachte Hindernisse für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes beseitigt werden, beendet werden. Darüber hinaus sind alle Vertragsstaaten der Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 verpflichtet, unter Achtung der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts sicherzustellen, dass Israel das humanitäre Völkerrecht einhält wie in diesem Übereinkommen verankert.“

[Verwandt: *Biden riskiert Mitschuld am Völkermord, warnt kurz und gesetzlos in Gaza: Warum der Westen Israel unterstützt, egal was passiert*]

Lesen Sie diesen Absatz sehr sorgfältig durch. Israel hat keine der vom Internationalen Gerichtshof festgelegten Maßnahmen ergriffen und tatsächlich mehr Siedlungen gebaut und mehr Beschränkungen verhängt. Es ist völlig klar, dass das Vereinigte Königreich, die USA und die Europäische Union nicht nur ihre völkerrechtlichen Pflichten, wie sie vom Internationalen Gerichtshof dargelegt wurden, nicht erfüllen, sondern auch genau das Gegenteil ihrer völkerrechtlichen Pflichten gemäß dem Urteil des Internationalen Gerichtshofs tun.

„Es ist nicht nur Israels Völkermord; Es gehört Ihnen, und Den Haag ist nicht gut genug für Sie“ – die irische Europaabgeordnete [@ClareDalyMEP](#) hat einige treffende Worte für Ursula von der Leyen. pic.twitter.com/g9bcWmlp5F

Die BDS-Bewegung [Anm. Übers.: BDS = Boykott, Desinvestition, Sanktionen ist eine von Palästinensern geführte Bewegung für Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit. BDS vertritt den einfachen Grundsatz, dass die Palästinenser Anspruch auf die gleichen Rechte wie der Rest der Menschheit haben.] handelt genau im Einklang mit den vom Internationalen Gerichtshof festgelegten Verpflichtungen, während die Staaten, die versuchen, die BDS-Bewegung zu verbieten, genau gegen die ihnen vom Internationalen Gerichtshof auferlegten Verpflichtungen handeln.

Schließlich muss das Urteil implizieren, dass die Palästinenser tatsächlich das Recht auf Selbstverteidigung haben. Denn ohne das Recht auf Selbstverteidigung kann man das „Recht auf Selbstbestimmung“, das das Gericht anerkennt, nicht haben. Denn es ist unmöglich, Selbstbestimmung auszuüben, wenn jemand anderes Ihnen nach Lust und Laune die körperliche Unversehrtheit entziehen kann.

Dieses Recht auf Selbstverteidigung muss unbedingt von demjenigen ausgeübt werden, der zu diesem Zeitpunkt de facto die Kontrolle über palästinensisches Gebiet innehat.



9. Dezember 2006: Palästinensische Bauern warten darauf, durch die Apartheidmauer in ihr Dorf im Westjordanland zurückgelassen zu werden, nachdem sie ihr Land verlassen haben. (FREEPAL, Flickr, [CC BY-NC-SA 2.0](#))

Ich bin einer Reihe von Mitarbeitern und nationalen Delegierten der Vereinten Nationen in Genf zu Dank verpflichtet, die mich auf die Bedeutung des IGH-Urteils von 2004 im aktuellen Kontext hingewiesen haben.

Ich hoffe, es hilft Ihnen zu verstehen, warum die Lügen von US-Präsident Joe Biden, der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen, dem britischen Premierminister Rishi Sunak, dem britischen Labour-Führer Keir Starmer, dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron usw. tatsächlich Lügen sind.

Vorbehaltlich einer „Anti-Terror-Untersuchung“ halte ich es derzeit nicht für sicher, nach Großbritannien zurückzukehren. Ob sich die Ermittlungen auf meine Unterstützung für *WikiLeaks* oder auf meine Unterstützung für Palästina oder auf beides beziehen, weiß ich nicht, da die Polizei nicht gesagt hat, warum gegen mich ermittelt wird.

Ich bin ehrlich davon überzeugt, dass ich nicht für mich selbst kämpfe, sondern gegen den in westlichen Gesellschaften eindringenden Faschismus. Es geht um die Freiheit von einem immer stärker werdenden Polizeistaat und von einer politischen Klasse, die versucht, der Öffentlichkeit ein Informationsmonopol aufzuzwingen. Der Kampf kann überhaupt nur mit der finanziellen Unterstützung der großartigen Leser dieses Blogs stattfinden. Sie haben mich durch so viel begleitet und ich bin Ihnen sehr dankbar.

Craig Murray ist Autor, Rundfunksprecher und Menschenrechtsaktivist. Von August 2002 bis Oktober 2004 war er britischer Botschafter in Usbekistan und von 2007 bis 2010 Rektor der University of Dundee. Seine Berichterstattung hängt vollständig von der Unterstützung der Leser ab. über Abonnements, um diesen Blog am Laufen zu halten Wir freuen uns.

Dieser Artikel stammt von CraigMurray.org.uk.

*Die geäußerten Ansichten sind ausschließlich die des Autors und spiegeln möglicherweise nicht die von **Consortium News** wider.*